



URL: <http://www1.wdr.de/themen/politik/tatkraft100.html>

CDU nimmt Bürgeraktion unter die Lupe

Ministerpräsidentin verteidigt ihre Tatkraft

Von Rainer Kellers

Die NRW-CDU spricht von verdeckter Parteienfinanzierung. Gemeint sind die Tatkrafttage der Ministerpräsidentin. Sie seien eine SPD-Parteiaktion, die aus Steuergeldern bezahlt werde. Hannelore Kraft hat die Vorwürfe nun vehement zurückgewiesen.



Selbst zupacken: Hannelore Kraft in einem Betrieb in Kleve

Normalerweise ist der "Kraftraum" für Hintergrundgespräche gedacht. Was bei dem Gesprächskreis der Ministerpräsidentin mit Journalisten gesagt wird, ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Am Dienstagabend (28.02.2012) jedoch ist Hannelore Kraft von dieser Tradition abgewichen. Es ist ihr offensichtlich wichtig, öffentlich Stellung zu beziehen zu den Vorwürfen, die die Opposition gegen Kraft persönlich erhebt. Am Wochenende hatte der CDU-Generalsekretär in NRW, Oliver Wittke, Briefe an den Bundestagspräsidenten und den Landtagspräsidenten geschrieben mit der Bitte, die so genannten Tatkrafttage unter die Lupe zu nehmen. Die CDU vermutet, dass es bei den regelmäßigen Ein-Tages-Praktika der Ministerpräsidentin um eine SPD-Parteiaktion handelt, die verbotenerweise aus Steuermitteln finanziert werde. Am Donnerstag (01.03.2012) beschäftigt sich der Haushaltsausschuss des Landtags mit den Vorwürfen.

Die Politik "erden"

Mehr zum Thema

- Kritik an Finanzierung der Tatkrafttage : Darf Kraft mit ihrem Etat machen, was sie will?
URL: </themen/politik/tatkrafttage100.html>

Tatkraft ist eine Veranstaltungsreihe, die die SPD-Chefin seit Anfang 2010, also mit Beginn des Landtagswahlkampfes, durchführt. Einen Tag lang besucht Kraft dabei einen Betrieb oder eine soziale Einrichtung und lässt sich zeigen, wie dort gearbeitet wird. Anschließend findet eine Podiumsdiskussion statt. Diese "Schnupper-Praktika" seien wichtig, um die Politik "zu erden",

hat Kraft immer wieder gesagt. Politik werde einem Praxistest unterzogen. Als Ministerpräsidentin hat Kraft die Reihe fortgesetzt. Bezahlt wird sie nun aus dem Landesetat und nicht mehr aus der SPD-Parteikasse. Daran entzündet sich die Kritik der Opposition.

"In Kleve waren fast nur CDU-Leute"



Ministerpräsidentin als Busfahrerin

Kraft nennt die Vorwürfe "nicht nachvollziehbar". Der Charakter der Veranstaltung sei heute ein ganz anderer als zu Wahlkampfzeiten. Nur der Name sei geblieben. Damals sei es darum gegangen, Kraft als "Kümmerer" zu präsentieren. Bei jeder Veranstaltung seien SPD-Abgeordnete und Mitglieder des Schattenkabinetts dabei gewesen, im Einladungsverteiler hätten vor allem SPD-Mitglieder gestanden. Das habe sich nach der Wahl vollkommen geändert. Heute gehe die Ministerpräsidentin

alleine und ohne Medienbegleitung in die Betriebe. Bei den anschließenden Veranstaltungen seien Vertreter aller Bevölkerungsschichten und aller Parteien geladen. "Das ist keine SPD-Veranstaltung", versichert Kraft, "das hat eine viel breitere Struktur." Es gebe Veranstaltungen wie die im Dezember in Kleve, da seien "fast nur CDU-Leute" gewesen.

"Diese Veranstaltungen sind ein wesentlicher Bestandteil meiner politischen Arbeit", sagt Kraft. Es helfe ihr, die oft beklagte Distanz zwischen Politik und Bevölkerung zu überwinden. "Diese Nähe werde ich mir nicht von der CDU kaputt machen lassen."

Etat der Ministerpräsidentin wurde gekürzt

Tatsächlich hat die Ministerpräsidentin an der Veranstaltung festgehalten, selbst als die Opposition ihr 2011 im Haushaltsausschuss den Etat für Veranstaltungen gekürzt hatte. CDU, FDP und Linkspartei stimmten geschlossen dafür, den entsprechenden Haushaltsposten von 600.000 Euro auf 350.000 Euro zusammenzuziehen. Die gestrichenen 250.000 Euro seien ungefähr die Summe, die die Tatkraft jährlich koste, hieß es. Trotzdem ging die Aktion - abgespeckt und weniger teuer - weiter. 2011 begab sich Kraft sieben Mal auf Tatkraft, in diesem Jahr bislang ein Mal. Kosten für 2011: rund 130.000 Euro.

"Ein krasser Haushaltsverstoß"

Die Opposition ist verärgert. Der Finanzexperte der Linken, Rüdiger Sagel, meint, der Haushaltsausschuss habe sich mit der Kürzung des Etats klar gegen die Tatkraft ausgesprochen. Dass Kraft dennoch die Veranstaltung weiterlaufen lasse, sei "ein krasser und unzulässiger Haushaltsverstoß". Die Regierungschefin bestreitet das. Man werde sich nicht vorschreiben lassen, wofür die Regierung Geld ausbebe, sagt Kraft. Rechtlich fühlt sie sich dabei auf der sicheren Seite. In der entscheidenden Haushaltsausschusssitzung hat es nämlich den Versuch gegeben, die Tatkraft explizit zu verbieten. Die CDU hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht, später aber wieder zurückgezogen, nachdem das Finanzministerium ein solches Verbot als haushaltsrechtlich unzulässig eingestuft hatte.

Ob die Tatkraft tatsächlich einwandfrei ist oder doch eine versteckte Parteienfinanzierung, müssen nun der Landtags- und Bundestagspräsident klären. Kraft hat angeboten sämtliche Belege zur Verfügung zu stellen, bis hin zu filmischen Dokumentationen. Wie lange die Prüfung dauert, steht nicht fest. Die Ministerpräsidentin jedenfalls ist zuversichtlich, dass es bis zur nächsten Tatkraft im Mai entschieden ist.

Stand: 29.02.2012, 10.22 Uhr

Mehr zum Thema

- Tatkraft oder Kampagne? [Mediathek]